Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17250 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 10. Dezember 1926 — Nummer 276

SPD-Manöver

Kündigung der Stillen Koalition — aber Rettung der Külz-Geßler-Regierung

Berlin, 10. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion faßte in ihrer gestrigen Sitzung einen Beschluß, worin sie erklärt, durch die Rede des Abgeordneten Scholz seien die Vereinbarungen mit den Regierungsparteien hinfällig geworden. Die Sozialdemokratie behalte sich freie Hand vor. Zum Mißtrauensvotum gegen Külz erklärten die Sozialdemokraten, daß sie bereits bei der Abstimmung zum Schund- und Schmutzgesetz Külz das Mißtrauen ausgesprochen hätten und eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung, die sie für notwendig halten, bei der dritten Lesung des Nachtragsetats Ende nächster Woche herbeiführen wollen.

Dieser radikal klingende Beschluß besagt nichts weiter, als daß die Sozialdemokraten Zeit zu neuen Verhandlungen finden wollen. Die Volkspartei hat sich nämlich hinter die Rede des Abgeordneten Scholz gestellt. Der Vorwärts schreibt: „Dieser Beschluß war der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei ihrer Beschlußfassung noch nicht bekannt — er hätte aber an diesem Beschluß auch nichts geändert. Mit diesem Beschluß ist das Experiment der „Stillen Koalition" zu Ende. Es war ein Versuch. Dieser Versuch ist gescheitert an der Krähenmacherei der Volkspartei und ihrer Sehnsucht nach dem Bürgerblock. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion heute ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Külz eingebracht hätte, so hätte sie die Entscheidung herbeigeführt, ohne daß die notwendige Klärung der Lage herbeigeführt ist. Deshalb wird sie sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag der Stimme enthalten."

Der Vorwärts erklärt, daß bis Ende nächster Woche noch eine Menge Fragen zu klären seien: „Dazu gehört der Punkt Geßler—Reichswehr." Damit wird bewiesen, daß die Sowjetgranatenkampagne des Vorwärts inneren politischen Zwecken diente.

Die Vertagung der „Klärung" bis Ende nächster Woche wird auch deshalb notgenommen, weil bis dahin Stresemann wird sein will und die Sozialdemokraten hoffen, daß Stresemann Scholz desavouiert u. den Fraktionsbeschluß umstößt. Die bürgerliche Presse kommentiert den Beschluß jedenfalls auch in diesem Sinne. Die Rote Fahne schreibt zu dem Beschluß der Sozialdemokraten: „Sie wollen Külz retten. Sie wollen die ganze Külz-Geßler-Stresemann-Regierung nicht gefährden. Die Kuhhandeleien der SPD-Führer werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Sie sind bereit: Gegen Ministersessel die Arbeitszeitpolitik, reaktionäre Unterdrückungsgesetze und monarchistische Reichswehrschmach dieser Regierung zu unterstützen. Der gestrige Beschluß der Reichstagsfraktion der SPD zeigt, daß aller „Kampf" um „Verbesserungen" in diesen Fragen von seiten der SPD nur ein lächerliches, parlamentarisches Scheingefecht darstellen. Die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter haben in den letzten Monaten in vielen Städten Deutschlands Entschließungen gegen die Koalitionspolitik ihrer Führer gefaßt. Wollen sie die neuen, schändlichen Beschlüsse der Reichstagsfraktion dulden? Die sogenannten „linken" SPD-Führer zeigen wieder, von Künstler bis Levi ihr feiges Ducken, ihre „Disziplin" gegenüber den schlimmsten, reaktionärsten Koalitionsbeschlüssen der rechten SPD-Führer. Die oppositionellen SPD-Arbeiter müssen gemeinsam mit der großen Mehrheit der Arbeiterschaft sofort ihre Stimme erheben:

Gegen den neuen, schmachvollen Koalitionsbeschluß der Reichstagsfraktion!

Gegen die Unterstützung dieser reaktionären großkapitalistischen Regierung!

Fort mit der Külz-Geßler-Stresemann-Marx-Regierung!

Fort mit jeder Koalitionsregierung!

Nieder mit der Koalitionspolitik der SPD-Führer!

Die sozialdemokratischen Führer führen also nichts weiter durch wie einige Scheinmanöver. Ueberall die gleiche Politik. Etwas Oppositionsgeziertel, um die Arbeiter zu täuschen, dann aber unbedingtes Erhalten der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

In Sachsen sehen wir das gleiche Bild. Opposition, Programmvorschläge und dann feiges Kneifen, Ablehnung der Mobilmachung der Massen.

Die KPD ruft in Dresden für heute 6 Uhr die Massen zur Kundgebung auf den Schützenplatz. Es gilt, zu demonstrieren gegen die Reaktion in Sachsen, gegen die Haltung der Führer, die diese Reaktion praktisch unterstützen.

Erscheint heute in Massen.

Ein lahmer Gaul

Fleißner über die „Enthüllungen" des Manchester Guardian.

Die Dresdner Volkszeitung berichtet über eine Funktionärversammlung der SPD, die vor einigen Tagen im Kristallpalast stattgefunden hat. Fleißner referierte dort über die Reichspolitik und Menke über Sachsen. Aus Fleißners Referat erfährt man nur, daß der SPD die Trauben der Koalition wieder einmal zu hoch hängen und daß sie eine „erschreckliche" Opposition" androht. Wie diese Opposition aussieht, ersehen wir ja aus dem oben von uns schon angeführten Beschluß der Reichstagsfraktion. Interessant ist aber, was Fleißner über die „Enthüllungen" des Manchester Guardian sagt. Nach dem knappen Bericht der Zeitung erklärte er: Die Deutschnationalen wollten wieder die alte Weltgeltung Deutschlands. **„Die kürzlich vom Manchester Guardian aufgedeckten Erscheinungen in der Reichswehr resultierten aus dieser Stellung der Deutschnationalen, die damit eine sträfliche Prestigepolitik betreiben."** Fleißner hat wohl Furcht vor der „Enthüllungskampagne" des Vorwärts bekommen? Er ist doch immerhin ein „Prominenter" und muß es wissen, was man bei der SPD macht. Durch seine Ausführungen straft er die SPD Lügen, er hat Stampfers Enten selbst gerupft. Die gesamten Arbeiter können hier wieder einmal das zwiespältige Verhalten der SPD erkennen. Was Fleißner sonst noch sagte, ist nicht der Rede wert. In einer Resolution wurde der Reichsregierung der schärfste Kampf angesagt, der Eintritt in eine Koalition abgelehnt.

Bezeichnend ist, daß von dem Sachsenreferat Menkes nicht ein Wort berichtet wird. Es zeigt jedoch die Stimmung der Funktionäre, daß diese einen Antrag brachten, der die Verteilung eines Flugblattes mit der Schilderung der Vorgänge im Landtag fordert. Dieser Antrag, der ja hinter der jetzt notwendigen Maßnahme der Mobilisierung der Massen weit zurückbleibt, daß selbst die SPD-Funktionäre die Politik der KPD, Aufrufung der Massen, für die richtige halten. Nur Parteidisziplin hat sie abgehalten, das als notwendig Erkannte, von den Führern aber Abgelehnte zu tun.

So blieb denn auch die Resolution, die zur Sachsenpolitik angenommen wurde, recht lahm. Man spricht den Instanzen, wie üblich, die Zustimmung aus, erklärt es für selbstverständlich, daß die SPD als stärkste Partei sich zur Uebernahme der Regierung bereit erklärt und lehnt die Koalition ab.

Alles andere, jeder weitere Schritt, Massenaktion, Landtagsauflösung, alles fehlt. Man gibt Raum für parlamentarische Manöver, wahrlich, diese stärkste Partei ist ein recht lahmer Gaul, es wird Zeit, daß die Arbeiter die an der Spitze stehenden Führer baldigst verlassen und selber handeln.

Der Bericht über die Funktionärversammlung, in dem auch kein Wort über die Diskussion steht, zeigt die sächsische SPD am Ende ihres Lateins, und — trotz der Resolution — am Vorabend der Koalition in Sachsen.

Vertretertagung des Reichsbundes der Kleinbauern

Am 2. und 3. Dezember hielt der Reichsbund der Kleinbauern in Berlin seine diesjährige Vertretertagung ab. Außer den Vertretern der Organisationen nahmen als Gäste, die zum Werktätigenkongreß Delegierten aus andern bäuerlichen Organisationen sowie am ersten Tag auch Landarbeiter, an der Tagung teil. Die Tatsache, daß ein von bäuerlichen Landbundmitgliedern entsandter Delegierter anwesend war, zeigt, wie stark die Sympathie für den Reichsbund der Kleinbauern selbst unter den bäuerlichen Mitgliedern des Landbundes ist.

In seinem Geschäftsbericht konnte der Referent Putz feststellen, daß es dem Reichsbund im Laufe des Jahres gelungen ist, seine Organisation auszudehnen, daß er in fast allen Ländern und Provinzen Deutschlands organisatorisch Fuß gefaßt hat, auch im reaktionären Bayern. Entsprechend waren auch fast alle Gebiete Deutschlands auf der Tagung vertreten.

Die Bemühungen des Bundes zur Herstellung einer Einheitsfront mit den übrigen bäuerlichen Organisationen, insbesondere mit dem Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, haben zwar zu keinem praktischen Ergebnis geführt, soweit man die Spitzenverhandlungen in Betracht zieht. Die Sabotage des Reichsverbandes hatte jedoch zur Folge, daß seine rheinische Kleinbauern- und Pächterorganisation sich dem Reichsbund anschloß und daß eine starke Minderheit im Schlesischen Bauernbund (dem Reichsverband angeschlossen) in enger Verbindung mit dem Reichsbund arbeitet. Ebenso besteht eine enge Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen des Ansiedlungsbundes, die dem Reichsbund sogar die Mittel zur Drucklegung einer Druckschrift über die Lage der Siedler zur Verfügung stellten. Mit bäuerlichen Landgruppen ist ebenfalls die Zusammenarbeit ermöglicht worden, wodurch auch die fanatische und verlogene Hetze des Landbundes gegen den Reichsbund erklärlich ist.

Der starke Wille zur Einheit aller werktätigen Bauern, der auch in vielen großen Demonstrationen der Reichsbundorganisation zum Ausdruck kommt, wird die Gegner der Einheit überwinden. Von der Stärkung des Reichsbundes im Berichtsjahre zeugen auch die geschaffenen Bezirkszeitungen. Neben dem zentralen Organ, „Einiges Volk", erscheinen jetzt Organe in Sachsen, Thüringen, Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Baden. Die Herausgabe weiterer Organe ist bereits eingeleitet.

Ueber die Parlamentspolitik im Reichstag und Preußischen Landtag berichteten die Abgeordneten Hoernle und Mörike. Aus den Berichten ging klar das bauernfeindliche Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie hervor. Geld hat die Regierung nie für Erfüllung der bäuerlichen Forderungen, aber Geld genug, wenn die großen Trusts und die Großgrundbesitzer mit ihren Wünschen kommen. Soweit kleine Reformen für die werktätige Bauernschaft bewilligt wurden (die noch zum Teil in der Praxis nicht durchgeführt wurden) geschah das nur unter dem Druck der Demonstrationen und Rebellion (Berncastl) der bäuerlichen Bevölkerung im Bunde mit der Arbeiterschaft. Die als Konzessionsschulzen von den bürgerlichen Parteien im Parlament entsandten bäuerlichen Abgeordneten äußern wohl hier und da in den Ausschüssen, daß die vom Reichsbund aufgestellten Forderungen erfüllt werden müßten, bei den entscheidenden Abstimmungen wird ihnen aber von ihren Fraktionen befohlen, gegen die Forderungen zu stimmen. Nur wenn Bauer und Arbeiter gemeinsam kämpft, geht es vorwärts. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zum dritten Punkt über Genossenschaftswesen in Deutschland sprach Rau. Er gab ein Bild über Umfang des Genossenschaftswesens, zeigte die großkapitalistische Politik der großen Genossenschaftsverbände. Die großen landwirtschaftlichen Genossenschaften sind längst nicht mehr Einrichtungen zur gegenseitigen Hilfe, sondern betrachten ähnlich wie die Kartelle der Industrie, den Bauer als Melkkuh. Die Aufgabe der Bauern ist, in den Dorfgenossenschaften für Leitungen zu sorgen, die das Interesse der Bauern wahren und auf den Tagungen der Genossenschaftsverbände gegen die großkapitalistischen Leitungen Front zu machen, die Genossenschaftsverbände zu Organen der gegenseitigen

Heraus zur Demonstration

gegen den Bürgerblock-Landtag — für die Existenzforderungen der Werktätigen!

Heute Freitag, 10. Dez., nachmittag 6 Uhr auf dem Schützenplatz in Dresden

Stellplätze zum gemeinsamen Abmarsch:

Laubegast, Tolkewitz, Striesen, Leuben: 5 Uhr Pohlandplatz, mit Schalmeienkapelle;

Strehlen, Reick, Dobritz: 5 Uhr Wasaplatz;
Johannstadt: 5,15 Uhr Holbeinplatz.

(Diese 3 Züge treffen 5,45 Uhr auf dem Georgplatz zusammen und marschieren von dort nach dem Schützenplatz.)

Zentrum mit Zentral-Arbeitsnachweis: 5,15 Uhr Freiberger Platz;

Löbtau, Wölfnitz, Kaitzlitz: 5 Uhr Alt-Löbtau, mit Tambourzug;

Belegschaften des Bahnhofs Friedrichstadt, Seidel u. Naumann, Heidze, Albertha, Kühnscherf und die Arbeitslosen: 4,30 Uhr Hohenthalplatz (Platzkonzert der Schalmeienkapelle 5,30 Uhr, darauf Abmarsch nach Schützenplatz;

Neustadt-West, Pieschen, Trachau, Trachenberge: 5 Uhr Erfurter Platz mit Schalmeienkapelle Pieschen. Abmarsch 5,15 Uhr nach Bischofplatz;

Neustadt-Ost mit Industriegelände: 5,15 Uhr Bischofplatz.

KPD — KJVD — RGB — RFMB — RJ Groß-Dresden